

Der Alltag bleibt erst einmal teuer

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

Gibt es ein Licht am Ende des Tunnels? Die Preissteigerung, die Deutschland 2022 in Atem gehalten hat, ist eine der höchsten in der Bundesrepublik seit mehr als 70 Jahren. Allerdings – und das ist die vergleichsweise gute Nachricht – sank die Inflationsrate in Deutschland im Dezember gegenüber dem Vormonat deutlich. Ist also der Höhepunkt der Inflation erreicht? Unklar: Die Teuerung lag zum Jahresende immer noch bei 8,6 Prozent. Außerdem hatte der deutsche Staat im Dezember bereits in die Abschlagszahlungen für Erdgas und Fernwärme für Direktbezieher eingegriffen. Rechnet man Energie und Nahrungsmittel heraus, ist die Inflation sogar leicht weiter gestiegen. Der Alltag bleibt also teuer. Jeder, der in diesen Tagen ein Restaurant besucht oder mit Shopping ins neue Jahr starten will, merkt das in seinem Geldbeutel.

Eine gute Nachricht aber gab es am Dienstag auf jeden Fall. Der deutsche Arbeitsmarkt erweist sich aller Krisen zum Trotz als weiter stabil. Auch das Klagen der deutschen Industrie über fehlende Materialien ist im Dezember den dritten Monat in Folge leiser geworden. Eine Auflösung der Engpässe scheint sich nun in zahlreichen Branchen abzuzeichnen, was die Konjunktur in den kommenden Monaten stützen dürfte. Und schließlich sitzt die Wirtschaft auf vollen Auftragsbüchern.

Optimistische Signale also – aber gegenwärtig muss der Verbraucher noch mit den hohen Preisen kämpfen. Und dabei auf schwindende Reserven auf den Konten blicken. Ganz so leicht wird der Winter-Blues also nicht vergehen. Und vom Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) wird man auch im Jahr 2023 weit entfernt bleiben: Die Notenbank strebt mittelfristig Preisstabilität bei zwei Prozent im Euroraum an. Das geben die aktuellen Entwicklungen auf keinen Fall her.

Testpflicht ist nicht diskriminierend

VON JULIA RATHCKE

Die Debatte wirkt wie ein unfreiwilliges Déjà-vu. Eine Testpflicht für Einreisende aus einem bestimmten Land? Das klingt 2023 ähnlich weit weg wie Ausgangsbeschränkungen und Nudelnotstand in Supermärkten. Die Pandemie ist vorbei – in China allerdings beginnt sie gerade erst richtig. Infektionszahlen in Millionenhöhe, menschenleere Geisterstädte, Krematorien, die mit dem Einäschern von Leichen nicht hinterherkommen – die Nachrichten wirken aus der Zeit gefallen. Für das bevölkerungsreichste Land der Welt sind sie Wirklichkeit, seitdem China am 7. Dezember abrupt das Ende seiner „Null Covid“-Politik verkündet hat. Nach drei Jahren Lockdowns, Massentests und Zwangsquarantäne.

Dass die Behörden keine verlässlichen Daten über Covid-19-Fälle, Todesfälle sowie die Lage in Kliniken und auf Intensivstationen preisgeben, sorgt weltweit für Nervosität. Dass Länder wie Italien, Frankreich, Spanien und Großbritannien inzwischen verpflichtende Corona-Tests für Einreisende aus China eingeführt haben, ist nachvollziehbar – und keineswegs diskriminierend, wie die Regierung in Peking beklagt. Dass Vorsicht besser als Nachsicht ist, so viel sollte die Pandemie allemal gelehrt haben. Auch wenn derzeit kaum noch neue Virusvarianten nachgewiesen werden konnten.

Angesichts des globalen Reiseaufkommens, das längst wieder auf Vorpandemie-Niveau ist, wäre ein europaweit einheitliches Konzept sinnvoll. Dafür haben sich die deutschen Amtsärzte bereits ausgesprochen und fordern, dass auf jeden positiven Schnelltest ein PCR-Test inklusive Sequenzierung folgt. Angesichts der Nachricht, dass am Mailänder Flughafen fast jeder zweite getestete Passagier aus China Corona-positiv war, stellt sich die Frage der Isolationsregeln und der Laborkapazitäten. Das sind die Tücken der grundsätzlich richtigen Testpflichtforderung.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Aktuell ist die Energieversorgung gesichert, aber teuer. Doch zum nächsten Jahreswechsel könnten sogar fast acht Prozent von Europas Wirtschaftsleistung für Gas fällig werden. Gewaltige Spannungen in der EU drohen.

Stresstest für die Solidarität

VON MARTIN KESSLER

Kurz vor Weihnachten postete Klaus Müller, der Präsident der Bundesnetzagentur, eine gute Nachricht. „Es wurde zum ersten Mal seit Ende November wieder mehr Gas ein- als ausgespeichert“, erklärte der Behördenchef auf Twitter. Inzwischen liegt der Gasfüllstand bei etwa 90 Prozent, der Großhandelspreis für Erdgas ist auf weniger als die Hälfte des Rekordstands von August gefallen. „Die Energieversorgung Europas in diesem Winter ist gesichert“, fasst der französische Ökonom Anton Breder des US-Vermögensverwalters Candriam die Lage zusammen.

Doch das ist nur die halbe Wahrheit, wie der Experte einräumt. Denn der entscheidende Test für die Versorgungssicherheit erfolgt erst im Winter 2023/2024. Und da sieht es ziemlich trübe aus, wenn man neuesten Berechnungen des Candriam-Chefvolkswirts folgt. Denn der Ausfall der russischen Gaslieferungen wird erst im nächsten Winter richtig spürbar. Ausreichend Ersatz an Flüssiggas auf den Weltmärkten gibt es nicht in der kurzen Frist eines Jahres. Nach den Daten von Candriam werden die weltweiten Kapazitäten für den wertvollen Rohstoff gerade einmal von 1380 auf 1420 Milliarden Kubikmeter steigen. Das ist ein Zuwachs von knapp drei Prozent, um den sich die Länder global balgen. Die Europäer können nur deshalb mehr Flüssiggas importieren, weil China und Lateinamerika ihre Bezüge reduzieren, wobei das Reich der Mitte Gas auf direktem Weg in Russland einkaufen kann. Die zusätzlichen Mengen für Europa müssen aus den USA oder Golfstaaten wie Katar kommen, die aber ihre Lieferungen nur unwesentlich steigern wollen und werden.

Die künftige Knappheit ist dramatisch. Wenn aus Russland im laufenden

Jahr erwartungsgemäß kein Gas mehr kommt, fehlen 20 bis 30 Milliarden Kubikmeter in Europa, knapp ein Drittel des deutschen Verbrauchs – obwohl der Einsatz von Gas um zehn Prozent niedriger ist als vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs. Die Speicher, vor Anbruch des Winters in der EU bis zum Rekordstand von mehr als 90 Prozent gefüllt, werden dann bestenfalls noch die Marke von 60 Prozent erreichen. Sie dürften sich bis April 2024 vollständig entleeren. Anders als in diesem Jahr. Da werden sie nach jetziger Planung im April am Ende der Heizperiode noch immer mit rund 30 Prozent befüllt sein. Damit könnte zum Jahreswechsel 2023/24 erneut eine Gasmangellage mit staatlichen Zuteilungssystem entstehen. Selbst wenn das vermieden wird, dürfte der Großhandelspreis auf Höchststände klettern.

Unter Experten ist die Bundesnetzagentur gilt als unstrittig, das erst der nächste Winter zur Bewährungsprobe einer europäischen Krisenpolitik wird. Zumindest solange der Krieg anhält. Der etwas missglückte Versuch der EU-Länder, den Gaspreis europaweit zu deckeln, wird dann einem Krisenmanagement weichen müssen. Das erreicht die Dimension der Finanz- und Eurokrise von 2008 bis 2015. Diesmal müssen die Europäer den gewaltigen Finanztransfer, der durch die horrenden Energierechnung entsteht, besser bewältigen. „Dieser Finanztransfer wird das Schicksal Europas entscheiden“, sagt der Wirtschaftswissenschaftler Breder. Und Deutschland als das Land mit der stärksten Wirtschaft und den solidesten Staatsfinanzen müsste einspringen.

Es sind gleich mehrere Bereiche, in denen Krisenmanagement angesagt ist. Gehen die Gaspreise erneut in die Höhe, von derzeit rund 80 Euro pro Megawattstunde auf dann mehr als 200 Euro, kann das die Inflation um 2,5 Prozentpunkte nach oben drücken. Insgesamt

INFO

Bundesnetzagentur zur aktuellen Lage

Website Die Bundesnetzagentur informiert auf ihrer Website fortlaufend über die aktuelle Lage bei der Gasversorgung. Das jüngste Update stammt vom 3. Januar, 13 Uhr.

Versorgung Auf der Seite heißt es zur Einschätzung der Situation: „Die Gasversorgung in Deutschland ist im Moment stabil. Die Versorgungssicherheit ist derzeit gewährleistet. Insgesamt bewertet die Bundesnetzagentur die Lage weiterhin als angespannt und kann eine weitere Verschlechterung der Situation nicht ausschließen. Die Bundesnetzagentur beobachtet die Lage genau und steht in engem Kontakt zu den Netzbetreibern. Es wird überwiegend eingespichert.“

Speicher Der Gesamtspeicherstand in Deutschland liegt laut Bundesnetzagentur bei 90,57 Prozent. Der Füllstand des Speichers Rehden beträgt 90,32 Prozent. Der Gasverbrauch lag in der 51. Kalenderwoche 23,8 Prozent unter dem durchschnittlichen Verbrauch der letzten vier Jahre. Die prognostizierte Temperatur für diese Woche liegt mit 6,82 Grad Celsius weiterhin im stabilen Bereich. Es ist daher mit einem Rückgang des Gasverbrauchs zu rechnen.



Eine technische Anlage zur Kühlung von Erdgas in Rehden. FOTO: DPA

werden die hohen Energiepreise die Teuerungsrate um vier Punkte erhöhen. Der Kampf der Europäischen Zentralbank gegen die Inflation wäre vorerst Makulatur.

Noch gravierender wären allerdings die Auswirkungen auf die Staatsfinanzen und den Wohlstand der Bürger. Allein für ihre überbeuerte Gasrechnung müssten die EU-Länder fünf Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts bezahlen. Steigt der Gaspreis gar auf mehr als 300 Euro wie im August 2022, beträgt der Finanztransfer ins außereuropäische Ausland fast acht Prozent der EU-Wirtschaftsleistung. Das sind Größenordnungen, die die Finanzkrise 2008/2009 übertreffen. Die Gas- und Stromrechnung der privaten Haushalte würde dann dauerhaft so hoch wie bisher bleiben, vermutlich sogar noch steigen – mit allen Belastungen für die Verbraucher. Die Prognose von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, wonach der Gaspreis Ende 2023 wieder fällt, wäre ebenfalls Makulatur.

Der gewaltige Finanzbedarf trifft auf staatliche Etats, die noch von der Corona-Pandemie und den Kriegsturbulenzen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Weil gleichzeitig die Ersparnisse der Menschen zurückgehen, wird es für Länder wie Italien, Spanien und Frankreich schwierig, nötige Kredite zu beschaffen, und es wird dann auf wohlhabendere Länder wie Deutschland, Niederlande und die Staaten Skandinaviens ankommen, einen Teil der notwendigen Transfers in ärmere Länder zu übernehmen.

Der Winter 2023/24 wird erneut ein Test für die Solidarität der EU-Staaten sein. Sie dürfen in der Unterstützung der Ukraine nicht nachlassen und müssen gleichzeitig schwächeren Ländern finanziell unter die Arme greifen. „Nur eine gemeinsame fiskalische Anstrengung kann dann Europa retten“, sagt Breder. Angesichts der krisenmüden Bevölkerung eine fast unlösbare Aufgabe für Christian Lindner und Robert Habeck.

WISSENSDRANG

Im Oktober 2019 stürzte im Berliner Grunewald ein vermoderter Spitzahorn auf ein Auto und tötete die Fahrerin. Wenn Menschen durch ein solches Unglück zu Tode kommen, das durch größere Sorgfalt wohl hätte verhindert werden können, erleben dies die Angehörigen nicht nur als persönliche Katastrophe. Sie empfinden es auch als mangelnde Rücksicht gegenüber den Opfern, als Missachtung ihres Rechts auf Leben, ihres persönlichen Werts. Der Ehemann verklagte den Revierförster wegen fahrlässiger Tötung, da der Zustand des Baumes bei genauere Kontrolle hätte erkennen müssen. „Das bin ich ihr schuldig“, meinte er. Das Gericht entschied im vergangenen Dezember auf Freispruch, da eine Pflichtverletzung des Försters nicht

Der Wert eines Menschenlebens

Zur Heilung moralischer Verletzungen trägt ein Schuldspruch wenig bei.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

zweifelsfrei nachweisbar war. Der Witwer empfand dies als eine weitere Geringschätzung seiner Frau, wie in seinem Kommentar zum Ausdruck kam: „Schon traurig, was ein Menschenleben wert ist.“ In Leserbriefen mokierte man sich über die Neigung, für jedes Unglück einen Schuldigen zu suchen, den man verklagen kann. In Japan hingegen weiß man, dass es für die Heilung moralischer Wunden nicht darauf ankommt, denjenigen anzuklagen, der Fehler gemacht hat. Die für das Unglück Verantwortlichen zeigen den Angehörigen durch Rituale der gemeinsamen Trauer und Würdigung der Opfer, wie wichtig sie ihren Verlust nehmen. Als 1985 ein Passagierflugzeug der Japan Air Lines abstürzte, übernahm der Präsident der Fluglinie

sofort die Verantwortung, obgleich klar war, dass der Fehler beim Hersteller Boeing liegen musste. Er organisierte eine Trauerveranstaltung, wo er sich tief vor den Angehörigen verbeugte, sie mit zitternder Stimme um Vergebung bat und seinen Rücktritt ankündigte. Die emotionale Anstrengung der Betreuung von Hinterbliebenen kostete zwei Angestellte der JAL das Leben. Diese menschliche Anteilnahme und Wertschätzung kann ein Rechtsverfahren nicht ersetzen. Zur Heilung moralischer Verletzungen kann auch ein Schuldspruch wenig beitragen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.